

## **C24 Ist der Kapitalismus noch zu retten?**

Ökonomische Implikationen des politischen Engagements

Hamburg, 03.02.2010

von Franz Witsch

C24.1 Kernfragen in bezug auf das Ganze

C24.2 Schulden – Wachstum – Blasen

C24.3 Marx versus bürgerliche Ökonomie

C24.4 Bedeutungstheoretische Bemerkungen zum Wertgesetz

Liebe politisch interessierte Bürgerinnen und Bürger,

es tut sich hier in Hamburg etwas, in und um die WASH (Wahlalternative Soziales Hamburg e.V.) herum, das vielleicht, so hoffe ich, von nachhaltiger politischer Substanz ist: Wir, eine Gruppe von vielleicht 15 politisch Engagierten, haben uns vorgenommen, zu einer neuen Partei zu werden. Die Neugründung wird vielleicht in diesem Jahr, vielleicht aber auch erst im nächsten Jahr gelingen, denn sie muss inhaltlich sorgfältig vorbereitet werden, ein Vorgang, in den möglichst alle sich einbringen, bzw. einbezogen werden müssen, wenn das, was am Ende in einem Parteiprogramm steht, glaubhaft nach außen vertreten werden soll. Es wird ein Programm sein müssen, das der neuen Partei ein Profil gibt, das uns klar von anderen Parteien unterscheidet, um eine Gründung und, im Anschluss daran, vielleicht auch eine Beteiligung an den nächsten Hamburger Bürgerschaftswahlen zu rechtfertigen.

In diesem Sinne möchte ich unseren Lesern ein gedeihliches neues Jahr wünschen, im Sinne eines wirksamen politischen Engagements, das in und durch die herrschende politische Öffentlichkeit hindurch immer mehr ausdünnt, eigentlich kaum mehr existiert, nicht zuletzt dank der neuen alten Partei "Die Linke", von der man hier in Hamburg in der Tat nichts hört, es sei denn, es bildet sich mal wieder eine Bürgerinitiative wie vor kurzem hier in Hamburg-Altona gegen IKEA. Für IKEA soll, oh Schreck, ein Haus weichen mit Künstlern darin. Eine gute Gelegenheit für "Die Linke", sich mit ein paar Plakaten einzumischen, auf denen weltbewegende Fragen stehen, so in der Art: brauchen wir IKEA? Also, wer so dumm fragt, bekommt ne dumme Antwort; natürlich brauchen wir IKEA, so das Ergebnis der Volksbefragung (über 70% für IKEA). Hier ein Schnäppchen, dort ein Schnäppchen, etwas, was die Kunst wahrlich nicht zu bieten hat. Kunst allein macht leider nicht satt. Und den Menschen steht das Wasser mittlerweile tatsächlich bis zum Hals.

Gemach, gemacht – wir finden Bürgerinitiativen wichtig, und IKEA ist uns wirklich nicht sympathisch. Doch welchen Grund liefern uns Künstler, dass sich kleine Rentner, Kleinstverdiener, Arbeitslose, Obdachlose für sie interessieren, vor allem, wenn der Künstler sich für die eben genannten Ausgegrenzten (politisch) nicht wahrnehmbar interessiert? Wir brauchen keine neue Partei, die anschließend ausschließlich in Fragen aufgeht, die Bürgerinitiativen aufwerfen, was nicht heißt, sich aus Fragen, die Bürgerinitiativen aufwerfen, herauszuhalten; im Gegenteil, auch ich habe gegen IKEA und für die Kunst votiert. Doch ist eine Partei vor allem für allgemeine Fragen zuständig, die alle Menschen angehen, und zwar unmittelbar; nicht nur mittelbar, z.B. weil der Bürger Kunst zu reflektieren versteht, während ihm das Wasser bis zum Hals steht; oder weil er weiß, dass der Mensch ein Wesen ist, das seit 40.000 Jahren Kunst produziert und deshalb gegen IKEA sein muss.

Nicht nur dass man Kunst (kein Kunstgewerbe) nicht essen kann; sie ist oftmals auch nicht leicht verdaulich. Für uns wird es indes darauf ankommen, ein Programm zu schreiben, das gut verdaulich ist. Da helfen uns Künstler in der Regel nicht weiter. Ja, und so weit, dass es mit der Verdauung besser klappt, sind wir noch nicht. Der Künstler findet dagegen nichts dabei, dass er Verdauungsprobleme verursacht, dass er für die unmittelbaren Probleme des Bürgers ganz weit weg existiert. Kurzum, er möchte einfach, eine sehr menschliche Regung, dass man ihn lieb hat. Voraussetzungslos.

Ja, das mit der Kultur ist schon so eine Sache. Wozu in der Grundschule rechnen, lesen und schreiben lernen. Mir fällt da ein ganz handfester Grund ein: damit Schüler nach der Schule in der Lage sind, Hartz4-Anträge auszufüllen und Bescheide auf ihren Inhalt zu überprüfen, und nicht, um sich für Kunst zu interessieren. Selbst wenn sie Arbeit finden, werden sie, wenn sie zu wenig verdienen, um Hartz4 nicht herumkommen.

### **Kernfragen in bezug auf das Ganze**

Wie alle anderen Parteien, so ist auch "Die Linke" an keiner Theorie, die für "alle" da ist, interessiert; lieber hängt sie sich besinnungslos an Bürgerinitiativen ran, aus Verlegenheit, weil sie mit sich nichts anzufangen weiß, nicht in der Lage ist, Kernfragen, die das Ganze, also alle, im Auge haben, zu diskutieren; das sind Fragen ökonomischer, aber auch moralischer Natur; sie drängen sich mehr und mehr auf, denn die Armut wird zunehmen und sich wie ein Krebsgeschwür über den ganzen gesellschaftlichen Körper legen, ihn paralisieren: destabilisieren und zugleich entpolitisieren (die da unten hauen sich gegenseitig den Schädel ein). Ich möchte mich in diesem Bürgerbrief zunächst auf ökonomische Kernfragen konzentrieren, und später, in einem anderen Brief, auf die Moral zu sprechen kommen:

Sogar die Spatzen pfeifen es von den Dächern: in China bahnt sich ein gewaltiger Crash an, orakelt sogar Welt-Online mittlerweile (CHG-SCC). Springer-Schreiberlinge – wir haben eigentlich nur noch solche – brauchen immer ein bisschen länger, zumal es ja jetzt laut Regierung wieder aufwärts geht, vor allem in den USA, und das mit der Arbeitslosigkeit dank Hartz4 gar nicht so schlimm gekommen ist. Fragt sich nur, wie die Analyse aussieht: Welt-Online-Autor Chang hat diesmal die Situation in China im Auge, um nicht zu sagen, den nächsten Sündenbock, nachdem man bei der letzten Finanzkrise die spezielle Situation in den USA, nämlich die geplatzte Immobilienblase, zum Kern des Übels erklärt hatte. Wichtig ist ein Sündenbock, der das Ganze, unser derzeit herrschendes Wirtschaftssystem, entlastet, indem man seine immer augenscheinlicheren Dysfunktionalitäten zu einer Frage der Moral stilisiert. Das Interesse ist auf eine "Analyse des Stückwerks" gerichtet, die das Wirtschaftssystem aus der Schusslinie bringt. Andere Autoren, wie z.B. der Soziologe Hans Jürgen Krysmanski, nehmen auf das Ganze Bezug (KRJ-WF1, KRJ-WF2); die Frage ist freilich, ob es ausreichend geschieht, mithin Analysen das halten, was sie versprechen: die Moral tatsächlich aus der technisch-ökonomischen Analyse heraushalten. So spricht Krysmanski von einem "System der unverdienten Geldakkumulation", das die Funktionsebenen um die Profitgier herum verewigen möchten.

### **Produktions- versus Finanzsphäre**

Ich möchte zeigen, dass es – mit Blick auf das Ganze – in die Irre führt, von einer "unverdienten" Akkumulation, bzw. von einer solchen im moralischen Sinne zu sprechen. Sie ist, wo auch immer, weder verdient noch unverdient; sie ist da und bedarf der Analyse; sie findet ganz offensichtlich in der Finanzsphäre wie in der Produktionssphäre statt. Beide Sphären stehen in einem engen Verhältnis zueinander, das der Analyse bedarf. Dabei ist die Akkumulation in der Finanzsphäre abhängig von derjenigen in der Produktionssphäre, nicht umgekehrt, wie uns der Augenschein lehrt. Das bedeutet nicht, dass sich ein Banker in seiner tagtäglichen Arbeit sonderlich dafür interessiert, was in der Produktion passiert. Das macht ihn für den oberflächlichen Blick moralisch anfechtbar, keine Frage. Dabei erweckt der moralische Begriff "unverdient" freilich den fatalen Eindruck, als würde die Akkumulation in der Finanzsphäre der Realwirtschaft "etwas" wegnehmen, was ihr zustehe, bzw. die Akkumulation in der Produktion vermindern. Dieser Eindruck wird ferner befördert dadurch, dass die da oben sich bisweilen die Köpfe einschlagen im Bestreben, mit Hilfe von Monopolpreisen und Subventionen Extragewinne zu kassieren. Und zweifellos gibt es zum Teil recht giftige

Auseinandersetzungen zwischen Finanzwirtschaft und Produktion. Denn natürlich gibt es Unternehmen, denen Kredite verwhährt werden, in der Regel kleineren bis mittelständischen Unternehmen, meist solchen, denen das Wasser bis zum Hals steht, aber auch weil den Banken der Arsch immer noch auf Grundeis geht und sie nicht oder nur zu gut wissen, was alles noch an Leichengift zu schlucken ist. Sie wollen sich in unsicheren Zeiten millionenfacher Kurzarbeit und Pleitewellen nicht allzu sehr aus dem Fenster hängen.

Kurzum, die Konflikte unter denen da oben halten sich in einem Rahmen, der das Wirtschaftssystem unangetastet lässt. Diesmal hat man ja China als Sündenbock für die nächste Finanzkrise, also was soll's. Krysmanski drückt das ganz richtig so aus: "Pack schlägt sich, Pack verträgt sich". Doch was auf einzelne Unternehmen in der Produktion und Finanzsphäre zum Vor- und Nachteil des einen oder anderen wohl begründbar zutreffen mag: Akkumulation des einen auf Kosten des anderen, trifft für das Ganze: die Summe aller Wirtschaftssubjekte, nicht zu. Ganz kurz gesagt gilt:

**es mag Gewinner und Verlierer geben;  
insgesamt gesehen verlieren wir alle.**

Das Ganze in den Blick nehmen zu wollen, bedeutet nicht, sich für die spezielle Entwicklung in China nicht interessieren zu dürfen. Nur möchten wir dabei das Ganze nicht aus den Augen verlieren. Es gilt, die spezielle Entwicklung in China im Kontext des Ganzen zu analysieren, zumal nicht mit der Absicht, China als Sündenbock zu brandmarken. Die Chinesen mögen die nächste Finanzkrise auslösen; verursachen tun sie sie nicht. Genauer: es ist problematisch, auf die (sozialen oder ökonomischen) Tatsachen im Sinne eines *unmittelbaren* Ursache-Wirkung-Verhältnisses zu schauen. Hier haben wir es mit einem philosophischen Problem zu tun, an dem Bedeutungsphilosophen wie z.B. Donald Davidson und Leute, die sich, wie z.B. Wolfgang Detel in seiner Foucault-Interpretation, auf ihn berufen, bis heute so ziemlich vergeblich knabbern. (DEW-FKA, DEW-GKP, DAD-DMS) Nicht dass man sich für unmittelbare Ursachen (empirische Belege) nicht interessieren soll (der Herzschlag ist die unmittelbare Ursache dafür, dass Blut zirkuliert); man bekommt mit ihnen freilich das "Ganze" nicht hinreichend in den Griff. Damit, mit einem uneingestandenem Positivismus (Detel, Davidson), werden wir uns an anderer Stelle, im 2. Teil unseres Buches "Die Politisierung des Bürgers" (WIF-DPB), eingehender beschäftigen.

### **Schulden – Wachstum – Blase**

Diesmal könnte China tatsächlich der Auslöser, das heißt die unmittelbar wahrnehmbare, ins Auge springende Ursache der nächsten Finanzkrise werden, ausgerechnet China, das doch den Keynesianismus wie kein anderes Land wirtschaftspolitisch zelebriert, und dabei Jahr für Jahr Wachstumsraten einfährt, von denen andere Länder nur träumen können. Und das alles, so steht zu befürchten, auf der Basis einer gewaltig sich aufbauenden, auf Schulden und Wachstum basierenden Finanzblase, die, wenn sie denn irgendwann platzen sollte, in der Tat alles bisherige in den Schatten stellen könnte (1000\*Dubai). Wir werden gleich noch sehen, wie Wachstum und Schulden zusammenhängen. Fangen wir also mit dem Phänomen China an, um uns eher induktiv (von unten nach oben) den Problemen zu nähern, die mit dem derzeit gültigen Ganzen, unserem kapitalistischen Wirtschaftssystem, verbunden sind:

Der riesige Devisenreichtum (2,4 Billionen Dollar) aus dem Exportüberschuss nützt den Chinesen nichts. Im Gegenteil; er ist eine Last. Wollten sie ihn für ihre Binnenkonjunktur in Anspruch nehmen, würde die chinesische Währung, der Yuan, gegenüber dem Dollar an Wert steigen, da man den Yuan mit dem Dollar bezahlen müsste, wie Chang von Welt-Online ganz richtig analysiert. Damit sie den Dollar für andere Zwecke ausgeben können (z.B. Rohstoffimporte für die eigene Produktion), ohne dass die-

ser gegenüber dem Yuan im Wert sinkt, haben die Chinesen den Wert des Yuan fest an den Dollar gebunden, sozusagen per Gesetz beschlossen, dass der Wert des Dollar nicht steigt. Die Chinesen glauben wie früher die DDR-Bonzen tatsächlich, dass man Gesetze gegen ökonomische Zusammenhänge beschließen kann. Das ist so, als wollte man ein Gesetz für schönes Wetter oder für mehr Regen beschließen.

Nun, mit diesem Gesetz bleibt der Yuan (im Interesse anhaltender Exportüberschüsse) gegenüber anderen Weltwährungen zunächst billig, vor allem gegenüber dem Euro, der gegenüber dem Dollar und somit gegenüber dem Yuan ständig im Wert steigt. Damit sind weltwirtschaftliche Ungleichgewichte zum Nachteil der Europäer vorprogrammiert. Fast möchte man sagen, es gäbe ein geheimes Einverständnis zwischen Amis und Chinesen, ihre Währung gemeinsam gegenüber dem Euro billig zu halten, um die Europäische Wirtschaft mit billigen, vor allem chinesischen Waren zu überschwemmen, das heißt Europa zu entindustrialisieren. Die Zerschlagung des Sozialstaats ist die Folge; er lässt sich ohne Industrie nicht halten.

Flankiert wird diese außenwirtschaftliche Bewirtschaftung der chinesischen Konjunktur durch gigantische kreditfinanzierte Konjunkturprogramme, denn der Export benötigt eine Infrastruktur, um zu brummen. Dabei werden die Produktionskapazitäten zugleich aufgebläht. Diese rechnen sich freilich nur so lange, wie der Export nicht aufhört zu wachsen. Das heißt, ohne anhaltende Exportüberschüsse können die Chinesen ihr binnenwirtschaftliches Gleichgewicht nicht halten. Das ist ein Teufelskreis aus wachsenden Schulden, Exporten und Produktionskapazitäten, aus dem zwingend Finanzblasen hervorgehen, in deren Strudel die gesamte Weltwirtschaft hineingerät.

Wachsende Schulden und wirtschaftliches Wachstum hängen, wie überall auf der Welt, also auch in China wie siamesische Zwillinge zusammen. Man braucht immer mehr Schulden für fortschreitendes Wachstum, um Krisen vorausseilend zu verhindern. Wobei die Grundlage dafür der Export ist, der letztendlich die europäische Industrie zerstört – nicht zuletzt im Interesse der USA.

Wesentlich ist, der chinesische Devisenreichtum kann für die Binnenkonjunktur nicht verwendet werden; im Gegenteil, er muss weiter wachsen, damit alles so bleibt wie es gerade läuft und Investitionen auf ausreichend hohem Niveau bleiben. Und weil die Chinesen ihren Devisenreichtum nicht anrühren dürfen, müssen sie ihr Wachstum (Investitionen) über Schulden auf einem hohen Niveau halten, es also fiktiv herbeiführen. Damit hängt ihre Produktion gnadenlos in der Luft. Es muss irgendwann in sich zusammenfallen, dann nämlich, wenn die Schuldenblase platzt. Das passiert, wenn zusätzliche Schulden, die die Wirtschaft (wie ein Junkie den nächsten Schuss) braucht, von "unten" nicht mehr bedient werden. So war 2008 auch die amerikanische Immobilienblase geplatzt. Der kleine Immobilienbesitzer konnte seine Hypotheken nicht mehr bedienen.

Es ist schon absurd; die Chinesen sind 2,4 Billionen Dollar schwer und dürfen diesen Schatz nicht anrühren. Es sei denn, sie investieren im Ausland, aber nicht in Produktionen, die sie bei sich zu Hause haben, sondern in Rohstoffe, bzw. in Rohstoffproduktion – zu Lasten konkurrierender Länder. Das führt ggf. nicht dazu, den Devisenschatz abzubauen, im Gegenteil. Für Rohstoffe müssen sie Dollar auf den Markt schmeißen, was seinen Kurs gegenüber anderen Währungen herunterfährt und damit zugleich den Yuan, da sein Wert seit 2008 fest an den Wert des Dollar gebunden ist, was wiederum den chinesischen Export anheizt. Die Chinesen arbeiten sich für den Export buchstäblich zu Tode, ohne etwas davon zu haben. Hier zeigt sich, was man schon vom Gold immer sagte: man kann es nicht essen. Ein Grund mehr, dass in bezug auf die Binnenkonjunktur, soll sie nicht zusammenbrechen, alles auf Wachstums durch wachsende Schulden hinausläuft, bis es schließlich doch kracht und immer mehr Menschen alles

verlieren, bis auf eine dünne Oberschicht von Reichen und Superreichen, die ihr Vermögen rechtzeitig in Aktien (Unternehmensanteile) angelegt hat, deren Kurse natürlich auch einbrechen, wenn die Blase platzt, aber eben nicht auf Null runtergehen, sofern überhaupt noch produziert wird.

### **Was also tun?**

Man müsste enteignen, in der Tat, doch wie? Ich meine dadurch, dass man den "einfachen" Menschen Geld in die Hand drückt, ohne dass dieses Geld zuvor (und das kam Keynes nie in den Sinn) über den Kreditgeldschöpfungsmechanismus der Produktion, genauer: der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zufließt, um dann, anstatt den Bürger zu erreichen, auf Nimmerwiedersehen zu versickern: sich in fiktives Kapital zu verwandeln. Die Konsequenz sind wachsende Schulden, die das System in den Offenbarungseid treiben, denn der auf dem Kredit basierende Geldschöpfungsmechanismus setzt voraus, dass es eine zureichende Nachfrage nach Krediten gibt; das heißt, die gesamtwirtschaftliche Kreditvergabe muss höher sein als die Kredittilgung. Damit das gesichert ist, muss der Staat die Nachfrage durch neue Schulden stimulieren, wenn aus der freien Wirtschaft keine zureichende Nachfrage kommt. (WIF-DPB, 105f, 113f)

Im Kapitalismus muss das Geld als Kreditgeld in die Wirtschaft fließen. Der gesamtwirtschaftliche Funktionsmechanismus des Kredits ist das Problem, nicht dass ein Wirtschaftssubjekt dem anderen Geld für Zinsen leiht. Das über den Kredit geschaffene Geld sorgt freilich dafür, dass es zunächst in die Produktion und nicht an der Verwertung in der Produktion vorbei unmittelbar in die Hände des Bürgers fließt. Wesentlich ist, dass es sich in der Produktion vermehrt, um dann erst Einkommenseffekte für den Bürger als auch Zinsen in der Finanzsphäre zu generieren. Freilich verbleiben die Einkommenseffekte für den Normalbürger (Löhne) grundsätzlich unter den Kapazitätseffekten in der Produktion, so dass die Investitionen (in die Produktion) ad infinitum steigen müssen, um immerzu zureichende Einkommenseffekte hervorzubringen, damit die wachsenden Kapazitäten auf eine zureichende, sie auslastende Nachfrage treffen.

Bleiben die Einkommenseffekte und damit die Nachfrage unter den Kapazitätseffekten, was auf Dauer gar nicht zu vermeiden ist, sind die Folgen fatal: das Geld fließt der (Verwertung in der) Produktion nicht mehr zu, was nicht bedeutet, dass es dann dem Konsum zufließen darf. Nein, es verbleibt in der Finanzsphäre und nimmt immer offensichtlicher die Form fiktiven Kapitals an, das sich damit begnügt, sich aus sich selbst heraus zu vermehren, ohne zuvor die Produktion zu berühren. Dabei mutieren Zins-Einkommen immer offensichtlicher zu fiktiven Einkommen, die eigentlich gar nicht in das Bruttoinlandsprodukt (BIP) eingehen dürften. Das Rechenwerk der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) stimmt also nicht (und damit auch nicht die projizierten oder ermittelten Wachstumsraten), weil fiktive Größen bei der statistischen Ermittlung des BIPs berücksichtigt werden.

Wie bitte?, wird man einwenden; sind denn die Zinsen, die die Reichen und Superreichen aus ihren Vermögenstiteln ziehen, nicht wirkliches Geld, mit dem sie all ihren Luxus kaufen. Natürlich sind sie kein wirkliches Geld, mithin nicht real, denn die Vermögenstitel sind nur solange etwas wert, solange Zinsen fließen und das bedeutet, solange sie von "unten", vom Blut der täglichen Arbeit in der Produktion, bedient werden. Lässt der Zufluss von unten nach, wie geschehen bei der platzenden Immobilienblase in den USA, sacken die schönen Vermögenstitel in sich zusammen. Übrig bleiben Anteilsscheine auf reale Produktion, also Aktien, deren Kurse ebenfalls massiv zurückgehen. Alles andere schrumpft freilich restlos in sich zusammen. Deshalb bringen Steuern auf Kapitalerträge (Zinsen; Dividenden) nichts, sondern sorgen bestenfalls dafür, dass die Zinsen steigen; heute, in Zeiten exorbitanter Schuldenberge, wäre das

eine Katastrophe. Das bedenken unsere Neoliberalen, wenn sie die Finanzblasen auf zu niedrige Zinsen reduzieren, genauso wenig wie "Die Linke", wenn diese höhere Steuern auf Kapitalerträge fordern.

Es ist durchaus nicht gleichgültig, ob die Einkommen, auf die der Staat Steuern erhebt, aus der Finanzsphäre oder Produktionssphäre kommen. Für die Berechnung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) ist es gleichfalls nicht gleichgültig, zumal in einer Zeit, wo die Schuldenberge gnadenlos immer weiter wachsen. Das Kreditproblem und mit ihm das Problem der Herkunft der Einkommen hat Marx noch nicht gesehen. Er dachte noch, dem Kredit komme die Funktion einer Beschleunigung von Akkumulation und Konzentration zu. Das ist nur die halbe Wahrheit, eine Lücke, die Rudolf Hilferding (1877-1941) in seinem Hauptwerk "Das Finanzkapital" (HIR-DFK) zu schließen versuchte. Dort hat er die Macht des Kredits zwar formal richtig beschrieben, das heißt freilich nur "richtig" entlang den empirischen Tatsachen, die ins Auge springen. Aus ihnen zog er die missverständliche Folgerung, dass das Finanzkapital als eigentlicher Krisenverursacher das Produktionskapital zum Nachteil aller beherrsche. Ein bedeutungsphilosophisch relevanter Irrtum, zu dem wir uns auch heute wieder verführen lassen, weil wir, anstatt die (sozialen und ökonomischen) Tatsachen auf deren Gehalt hin zu interpretieren, (positivistisch) an selbige Tatsachen glauben, als würden diese unmittelbar für einen Gegenstand, mithin für einen empirischen Beleg stehen, der zur Wahrheit führt im Sinne einer richtigen Vorstellung über etwas, "was in der Welt der Fall": alle Welt jammert über Macht und Gier der Banken. Das allein wäre nicht schlimm, wenn man daraus nicht den fatalen Schluss ziehen würde, als sei das Produktionskapital, nur weil es jammernde Unternehmer und kriminelle Spekulanten gibt (Der Spiegel 05/10: "Jagd auf Kapitalverbrecher"), eine Geisel des Finanzkapitals. Es ist genau umgekehrt.

Wesentlich ist, dass der Vermehrungsimperativ in der Finanzsphäre und Produktionssphäre uneingeschränkt gilt. Der Vermehrungsimperativ ist das Problem: das Geld gelangt nicht ohne Wenn und Aber in den Konsum, welcher der Marxschen Theorie zufolge zur Produktion zählt. Genauer: das Geld gelangt nicht in die Wirtschaft, weil es (reale) Bedürfnisse nach Arbeit und Konsum gibt, sondern weil es Nachfrage (aus der Wirtschaft) nach Krediten (aus der Finanzsphäre) gibt. Eben wie es auch das Wachstum der chinesischen Wirtschaft erfordert, weil sie, wie bei uns und überall sonst auf der Welt, kapitalistisch ist: auf Mehrwertproduktion basiert. Anders ausgedrückt, der Vermehrungsimperativ des Geldes bindet die Verwendung des Geldes an die Mehrwertproduktion. (WIF-DPB, 20f) Ohne diesen Vermehrungsimperativ gäbe es keine Mehrwertproduktion, was nicht bedeutet, dass man nur den Vermehrungsimperativ des Geldes abstreifen müsse und alles wäre gut. Noch genauer ausgedrückt: es ist eine notwendige Bedingung, keine hinreichende Bedingung, dass wir ohne Mehrwertproduktion (Vermehrungsimperativ des Geldes) keine Probleme mehr hätten. Zum Beispiel müssten sich die außenwirtschaftlichen Beziehungen außerdem grundlegend wandeln: weg vom uneingeschränkten, sinnlos wachsenden Freihandel hin zu einem Handel, der den (binnenwirtschaftlichen) Vorteil für alle Wirtschaftsregionen im Auge hat. (WIF-DPB, 104)

Ohne die Aufhebung des Vermehrungsimperativs ist also ein alternatives Wirtschaftssystem, das zugleich sozialverträglich ist, nicht möglich. Wobei der Akzent auf dem Wort "Imperativ" liegt, d.h. dem Geld kommt im Kapitalismus notwendig die Eigenschaft zu, sich vermehren zu müssen, vor allem in und durch die (Mehrwert-)Produktion hindurch. So gesehen gibt es kein Geld, das sich nicht vermehren muss, fast nicht zu verstehen für den gemeinen Menschenverstand, denn wir tragen jeden Tag Geld zum Kaufmann; wir haben es in den Händen und siehe da, es vermehrt sich nicht, während wir einkaufen. Dass der Kaufmann es vermehren muss, gerät dabei aus dem Blick. Er hat im wahrsten Sinne des Wortes nicht nur nichts zu verschenken. Er muss

überleben und das ihm zugetragene Geld so einsetzen, dass es sich vermehrt, um gegenüber der Konkurrenz zu überleben. Soweit die Analyse in der Begrifflichkeit der herrschenden Volkswirtschaftslehre, in die wir unversehens den Marxschen Mehrwertbegriff eingeführt haben, als würde er für sich selbst sprechen. Tut er aber nicht; er ist in der Produktion, nicht in der Finanzsphäre zu Hause. Beide Sphären trennt die bürgerliche VWL nicht hinreichend, was dazu angetan ist, systematisch Missverständnisse zu erzeugen. Der Satz von der Konsolidierung der Staatsfinanzen ist dafür ein schönes, weil so geläufiges Beispiel; es gibt kaum ein Volkswirt, der nicht an diesen Satz glaubt. Völlig unbegreiflich, dieser Realitätsverlust, aber wahr; wie im Film "Gier" von Dieter Wedel, glaubt der Normalbürger tatsächlich, dass er eines Tages noch etwas von seinem Geld sehen wird, das er dem Wirtschaftssystem Tag für Tag hinterher wirft.

### **Marx versus bürgerliche Ökonomie**

Nicht so Marx: im Kapitalismus ist Produktion schlicht Mehrwertproduktion. Gibt es keinen Mehrwert, hört die Produktion auf, Produktion zu sein. Der Mehrwertbegriff sei ganz kurz wie folgt auf den Begriff gebracht: Produziert der durchschnittliche Arbeitnehmer nicht mehr an realen Werten (für den Unternehmer) als er an realen Werten kostet (für sich selbst), geht es abwärts, gnadenlos. Umverteilung von oben nach unten, wofür "Die Linke" plädiert, ist und bleibt ein frommer Wunsch, ist systemtechnisch nicht (nachhaltig) möglich, weil im Kapitalismus der Reichtum in Gestalt des Geldes de facto nicht als (reales) gesetzliches Zahlungsmittel, sondern aufgrund des Vermehrungsimperativs des Geldes als fiktives Kapital existiert, auch wenn der Bürger damit (real) einkaufen geht, doch erst nachdem er sich selbst als in der Produktion verwertbar erwiesen hat. Dass er sich in der Produktion, also in Wirklichkeit real nicht verwerten lässt, wird wiederum, und hier schließt sich der Kreis, verschleiert durch wachsende Schulden, die die Nachfrage und damit "Produktion und Arbeit", so muss man schon sagen, künstlich am Leben halten. (WIF-DPB, 105f) Das ist so, als würde man einen Todkranken auf der Intensivstation künstlich beatmen. Dass die Welt bis an die Halskrause verschuldet ist, ist also nur Ausdruck dafür, dass die Mehrwertproduktion nicht mehr existiert, leider nur scheinbar, denn sie hängt wie ein Damoklesschwert weiterhin über uns: es muss abwärts gehen, damit der Mehrwert wieder möglich wird; je später es durch wachsende Schulden abwärts geht, umso massiver wird dies irgendwann geschehen, und sei es abrupt im Sinkflug, nachdem die nächste Finanzblase geplatzt ist. Dann wird Kanzlerin Merkel oder irgendein anderer Politclown einmal mehr mit zittriger Stimme oder leerer Hose vor uns stehen und versichern: unsere Spar- und Sichteinlagen sind sicher.

Wir mögen gesetzliches Zahlungsmittel in der Geldbörse haben, es kann freilich (sobald es in Bewegung gerät, z.B. zum Kaufmann getragen wird, und nur dann ist es etwas wert) seinen Charakter, eine Schuldverschreibung zu sein, nicht abstreifen. So dass Obama zurecht sagen kann: das Geld, das wir mit uns herumtragen, sind die Schulden eines anderen, also fiktiv, buchstäblich nichts wert.(OBB-EGS) Das wird seit über 40 Jahren immer sichtbarer, seitdem die Mehrwertproduktion immer mehr nachlässt und ihre wachsende Schwäche nur durch wachsende (Staats-)Schuldenwirtschaft verschleiert werden kann. Das hat Folgen: die Finanzsphäre bläht sich durch wachsende Schulden auf und fährt Gewinne ein, die mit der realen Situation in der Produktion nichts zu tun haben. Von wegen, ein Irrglaube, der dadurch entsteht, dass der Mehrwert in der Produktion und der "Mehrwert" in der Finanzsphäre immer weiter auseinander klaffen. Gewinne werden in der Finanzsphäre ganz offensichtlich unabhängig von der Produktion erzielt, freilich nur solange die Schuldenwirtschaft mit immer neuem Geld bedient wird. Wenn von den Reichen nichts mehr kommt, weil sie den faulen Braten riechen, setzt man verstärkt auf die Gier der kleineren Reichen, schließlich auf ein

Millionenheer von Kleinsparer. Das geht solange gut, wie die (Klein-)Bürger noch Geld haben, dass sie in das Finanzsystem pumpen können. Am Ende werden die Ansprüche immer höher, die Renditeversprechungen immer abenteuerlicher, bis sich der Offenbarungseid des "Ganzen" nicht mehr vermeiden lässt. Am Ende wacht auch der Dümme auf, nachdem er sein letztes Hemd verwettet hat und in Zeltstädten übernachten muss.

Die Finanzsphäre mag noch so hohe Gewinne einfahren, die Mehrwertproduktion ist und bleibt die alles bestimmende Größe. Ohne Arbeit (in der Produktion) kein Mehrwert und erst recht kein Gewinn in der Finanzsphäre. Finanztitel welcher Art auch immer bis hin zum gesetzlichen Zahlungsmittel sind und bleiben fiktiv, bzw. abhängig vom Mehrwert in der Produktion. Platzt die Finanzblase, löst sich buchstäblich alles in Luft auf (wie im Film "Gier"). Erst dann wird man vielleicht das ganze Ausmaß an krimineller Energie unserer Funktionsebenen begreifen, die ja nicht darin besteht, "unanständige" Gewinne zu machen (schön wär's, wenn man damit alles erklären könnte), sondern darin, dass sie sich in der Öffentlichkeit breit machen und mit öffentlich-rechtlicher Unterstützung den Bürger volldröhnen mit ihrem Unsinn. Und wenn die Bürger nicht spüren, und sich zu allem Überfluss auch nicht gegenseitig den Schädel einschlagen, rufen die da oben auch schon mal die Polizei; und wenn sie könnten, auch die Bundeswehr.

Zeitweise, nach dem Zweiten Weltkrieg, wollte es so scheinen, als wüsste der Kapitalismus nicht, wer er sei: bis zu Beginn der 1970er Jahre gab es Vollbeschäftigung und Lohnerhöhungen ohne Ende. Eine Zeit zurückgehenden Mehrwerts (für den Unternehmer). Diese zusätzlich bezahlte Arbeit (für den Arbeiter) floss zu einem erheblichen Teil in den Sozialstaat, vor allem in die Renten- und Krankenversicherung, aber nicht nur; auch in Erziehung, Bildung, Wissenschaft und sonstige (soziale) Infrastruktur (was die Chinesen heute mehr schlecht als recht mit Schulden finanzieren); kurzum: der höhere Lohn floss in staatliche Ausgaben. Diese repräsentieren einen Teil des Lohns, der vom Mehrwert abgeht und so auch den (Unternehmens-)Gewinn reduziert. Auch Zinsen auf Geld- und Wertpapieranlagen (Spar-, Festgelder, Anleihen, Aktien, Derivate, Verbriefungen) gehen vom Mehrwert wie vom Unternehmensgewinn ab, so dass sich der eine Kapitalist vom anderen Kapitalisten durchaus auch mal betrogen fühlen kann. So kann sich ein Unternehmer von der Bank betrogen fühlen, wenn die ihm den Kredithahn zudreht, nachdem sie vom Staat Milliardenbeträge bekommen hat.

Schon dieser Zusammenhang schließt ein: der Gewinn der Finanzsphäre ist begrifflich zu trennen vom Mehrwert (Gewinn) der Produktion. Dennoch: die Banken mögen noch so viel Macht haben, irgendwann werden auch ihre Gewinne zurückgefahren werden müssen, und sei es mit Gewalt, nämlich dann, wenn die Blase platzt, um den Weg frei zu machen dafür, dass es mit der Mehrwertproduktion wieder aufwärts gehen kann, nachdem sie zuvor danieder gelegen hat; das heißt, sie mag noch so arm dran sein; sie steht über dem Mehrwert der Finanzsphäre.

Hinzu kommt, ist die Blase geplatzt, mithin der enge Zusammenhang zwischen Finanz- und Produktionssphäre offensichtlich geworden, dann lasten die Kosten ausschließlich auf den Schultern der lebendigen Arbeit. Dann zeigt sich einmal mehr, dass das, was in der Produktion geschieht, primär ist, und zwar grundsätzlich zum Leidwesen des Arbeitnehmers. Sein Lohn wird zurückgefahren, inklusive derjenige, der über Jahre zu Rechtsansprüchen auf Rente und Krankenversorgung geronnen ist (tote, vergangene Arbeitskraft). Nicht nur sinkende (Lohn-)Einkommen bewegen also den Mehrwert nach oben, sondern ebenso der Abbau toter, bzw. vergangener Arbeit in Gestalt des Abrisses des Sozialstaats, sinkender Staatsausgaben oder von weniger Staatsschulden (Tilgung). Dies alles, damit es zureichend Mehrwert für den Unternehmer gibt.

### **Bedeutungstheoretische Bemerkungen zum Wertgesetz**

Wesentlich ist, dass der Mehrwert, woher auch immer, bedient wird. Deshalb haben die Neoliberalen recht, wenn sie sagen, dass (unter der Bedingung, dass es zum Kapitalismus keine Alternative gibt) Steuern auf Kapitalerträge sinnlos sind, zumal in der Krise, denn sie verringern den Mehrwert in der Produktion zusätzlich in einer Zeit, wo er buchstäblich nicht mehr existiert. Das schließt ein, dass Steuern auf den Mehrwert (auf das Realkapital des Unternehmers) ebenfalls sinnlos sind. Was bleibt, ist, dass Sozialstaat und Löhne gnadenlos zurückgefahren werden müssen, um den Mehrwert zu bedienen. Das hat Marx in seinem Hauptwerk "Das Kapital" wie folgt beschrieben:

"Es ist es augenscheinlich, daß eine Verminderung der unbezahlten Arbeit die Ausdehnung der Kapitalherrschaft keineswegs beeinträchtigt. – Oder, das ist die andre Seite der Alternative, die Akkumulation (Wirtschaftswachstum, Hinzuf. F.W.) erschlaft infolge des steigenden Arbeitspreises, weil der Stachel des Gewinns abstumpft. Die Akkumulation nimmt ab. Aber mit ihrer Abnahme verschwindet die Ursache ihrer Abnahme, nämlich die Disproportion zwischen Kapital und exploitable (mehrwertfähiger, Hinzuf. F.W.) Arbeitskraft. Der Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses beseitigt also selbst die Hindernisse, die er vorübergehend schafft. Der Arbeitspreis fällt wieder auf ein den Verwertungsbedürfnissen des Kapitals entsprechendes Niveau, ob dieses nun unter, über oder gleich mit dem Niveau, welches vor Eintritt des Lohnzuwachses als normal galt." (MAK-W23, S.648)

Und eine Seite weiter steht geschrieben:

"Wächst die Menge der von der Arbeiterklasse gelieferten und von der Kapitalistenklasse akkumulierten, unbezahlten Arbeit rasch genug, um nur durch einen außergewöhnlichen Zuschuß bezahlter Arbeit sich in Kapital verwandeln zu können, so steigt der Lohn, und alles andre gleichgesetzt, nimmt die unbezahlte Arbeit im Verhältnis ab. Sobald aber diese Abnahme den Punkt berührt, wo die das Kapital ernährende Mehrarbeit nicht mehr in normaler Menge angeboten wird, so tritt eine Reaktion ein: ein geringerer Teil der Revenue wird kapitalisiert, die Akkumulation erlahmt, und die steigende Lohnbewegung empfängt einen Gegenschlag. Die Erhöhung des Arbeitspreises bleibt also eingebannt in Grenzen, die die Grundlagen des kapitalistischen Systems nicht nur unangetastet lassen, sondern auch seine Reproduktion auf wachsender Stufenleiter sichern."

Das alles unter der Voraussetzung, dass einzig und allein lebendige Arbeit (reale) Werte schafft, resp. dass das Wertgesetz gilt, wonach der Wert einer Ware sich an der in ihr enthaltenen (lebendigen) Arbeitskraft bemisst. Maschinen (tote oder geronnene Arbeitskraft) erzeugen keine Werte, genauer: sie fügen den Waren keinen zusätzlichen Wert hinzu; sie übertragen nur ihren eigenen Wert auf die zu produzierende Ware (Ab-schreibung).

Zum Wertgesetz sei eine bedeutungstheoretische Bemerkung gestattet: Die gesamte Marxsche Analyse steht und fällt mit dem Wertgesetz. Das Wertgesetz ist aber nur eine Vorstellung (Hypothese) über die ökonomische Wirklichkeit, eine m.E. sehr sinnvolle Konstruktion, die sich empirisch freilich nicht belegen lässt. Ricardo hat es vergeblich versucht. Marx hielt diese Versuche für dummes Zeug, so in der Art: nun überprüfen wir zunächst das Wertgesetz auf empirische Stichhaltigkeit und machen uns dann, vorausgesetzt, es ist empirisch wahr, an die Analyse des Kapitals.

Donald Davidson zufolge (vgl. DAD-DMS) ließe sich, was die Existenz des Wertgesetzes betrifft, bedeutungsanalytisch analog formulieren: es existieren keine (empirischen) Belege an der Quelle (zur Wahrheit hin), bzw. die Quelle (Arbeitszeitquanten, die in den Wert einer Ware eingehen) ist belanglos (wie die Aussage "Gott existiert"). Von Relevanz ist die Analyse, resp. die durch sie hindurch ermittelte Wahrheit, die allerdings dann die empirische Stichhaltigkeit des Wertgesetzes immer noch nicht zu belegen vermag: nur wahr ist unter der Bedingung, dass das Wertgesetz gilt. Die Marx'sche Analyse beansprucht also nicht, absolut wahr zu sein; sie vermag auf der Basis des Wertgesetzes aller Wahrscheinlichkeit nach den Kapitalismus, v.a. seine Krisen, nur besser zu erklären, als es ökonomische Theorien vermögen, die ihre Analyse auf der Basis von Marktgleichgewichten (von Angebot und Nachfrage) gründen: der Preis der Arbeit muss sinken, um Vollbeschäftigung zu erreichen.

Mit anderen Worten: die Schaffung einer alternativen Gesellschaft auf der Basis Marx'scher Analyse ist und bleibt ein Risiko, das wir umso wahrscheinlicher eingehen werden, je mehr uns die aktuelle ökonomische Realität hoffnungslos, nicht zuletzt moralisch überfordert. Und wenn sich eines Tages tatsächlich eine alternative ökonomische Realität durchgesetzt haben sollte, wird die empirische Belegbarkeit des Wertgesetzes weiterhin belanglos bleiben. Kapitalanalysen von Habermas arbeiten mit dem Wertgesetz, als käme diesem gegenständliche Realität zu, als sei das Wertgesetz etwas, was in der Welt verifizierbar der Fall; es ist nicht einmal fallibel: widerlegbar. Es ist und bleibt bloße Vorstellung. Nicht als bloße Vorstellung aufgefasst zu werden, macht die Kapitalanalyse von Habermas hoffnungslos unverständlich, schlichtweg nicht nachvollziehbar (vgl. HAJ-TK2, 489ff). Wir wissen schlichtweg nicht, ob das Wertgesetz dazu angetan ist, die ökonomische oder moralische Realität richtig oder falsch abzubilden. Wir setzen nur voraus, dass das Wertgesetz gilt; ob es tatsächlich etwas abbildet, was in der Welt der Fall ist, vermuten wir, ohne es zu wissen, so wie wir nicht wissen, ob das neuronale Feuer (empirische Quelle unter der Haut), das durch den Anblick eines Stachelschweins ausgelöst wird, zur Vorstellung eines Stachelschweins oder (womöglich) eines Hausschweins führt. Das ist auch völlig belanglos. Von Belang ist vielmehr, dass sich die Vorstellung (im Kopf) überprüfen lässt, indem ich mit mindestens einem zweiten Beobachter über meine Vorstellung spreche (Praxistest). Sprechen wir beide übereinstimmend von einem Stachelschwein, ist die Wahrscheinlichkeit groß, dass es sich tatsächlich um ein Stachelschwein handelt.

Doch auch nach dem (Stachelschwein-)Schema ist das Wertgesetz nicht belegbar; es ist und bleibt bloße Konstruktion oder Vorstellung, die freilich eine gewisse Plausibilität beanspruchen darf, freilich auf der Grundlage einer historischen Analyse. Kurz, es ist empirisch-historisch plausibel, aber eben nicht empirisch-gegenständlich belegbar. Das Wertgesetz steht freilich für eine bestimmte Form ökonomischer Analyse, die sich an realwirtschaftlichen Produktionsströmen orientiert, die, so nehme ich an, die krisenhaften Erscheinungen im Kapitalismus besser zu erklären vermag als eine Form der Analyse, die sich an Markt- und Finanzströmen orientiert. Wir wissen nur, dass die herrschende Volkswirtschaftslehre den Kapitalismus immer weniger in den Griff bekommt zum Leidwesen von immer mehr ausgegrenzten Menschen. Vor diesem Hintergrund sind die obigen Marxzitate zum kapitalistischen Krisensyndrom zu beurteilen. Sie bedeuten m.E. das folgende:

Es steht zu befürchten (wir wissen es nicht!), dass das heute gänzlich sich schließende Zeitfenster eines *außergewöhnlichen Zuschusses bezahlter Arbeit*, wie Marx sich ausdrückt, sich in Zukunft nicht mehr öffnen werde. Wir glauben, für die Annahme, dass der Sozialstaat im Kapitalismus immer unwiderruflicher zur Disposition steht, gibt es gute Gründe, ebenso dafür, dass gewerkschaftlich durchgesetzte Lohnerhöhungen immer weniger ins Gewicht fallen, auch wenn diese als *Verminderung unbezahlter Arbeit*

aufgefasst werden müssen. Sie beeinträchtigen die Kapitalverwertung nicht; zu unserem Leidwesen: die Steinschläge der Kapitalverwertung treffen uns heute selbst; und sie lassen sich in ihrer zunehmenden Heftigkeit immer weniger leugnen. Und schließlich lässt sich immer weniger leugnen, dass die herrschende Politik diesen Steinschlägen immer weniger entgegenzusetzen vermag; zumal die Steinschläge sich (wie noch nach dem Zweiten Weltkrieg bis in die 1970er Jahre hinein) nicht mehr ins Ausland, vor allem nicht in die Entwicklungsländer hinein verdrängen lassen. Nunmehr hat der Kapitalismus uns im Visier.

Ich möchte es in einem Satz sagen. Die Wahrscheinlichkeit wird immer größer, dass es kein "gutes" Kapital gibt, das sich sozialverträglich im Interesse aller (Menschen) verwerten ließe. Das ziehen unsere Linken um Lafontaine, Gysi, Bartsch und Wagenknecht nicht in Erwägung – aus durchsichtigen Gründen; weil sie mit dem und für das Kapital regieren wollen. Meines Erachtens reden und handeln sie an der Sache vorbei; sie wissen nicht, wovon sie reden. Wo kämen wir hin, wenn Politiker plötzlich wüssten, wovon sie reden? Der Weg zu einer anderen Gesellschaft wäre womöglich frei.

Selbst Leib- und Magentheoretiker der Linken reden völlig orientierungslos vor sich hin. Zum Beispiel der berühmte Marxist Elmar Altvater im "Freitag" vom 21.01.2010: Er stellt die Eigentumsordnung zur Disposition (er meint wohl den Kapitalismus), ohne sie de facto zur Disposition zu stellen. Das hat einen schlichten Grund: er weiß nicht wovon er redet, wenn er das Wort (Wirtschafts-)System oder Kapitalismus in den Mund nimmt. Nun ja, er ist Mitte 70 und möchte noch etwas vom Leben haben: irgendwo schreiben dürfen. Er fängt ganz harmlos an: in der Linken gebe

"es einen Konsens (...), dass Hartz-IV abgeschafft werden muss, wie das 'europäische Sozialmodell' mit Leben gefüllt werden kann oder die Finanzmärkte reguliert werden müssen. Das sind Politikfelder, auf denen die Linke Konflikte und Debatte nicht scheuen muss, denn sie verfügt über Kompetenz und Erfahrung." (ALE-EBS)

Blabla. Schön, wenn man sich gut findet. Nur dass man Altvater Kompetenz wohl absprechen muss, denn gleich im nächsten Absatz stellt er die Systemfrage, die zurecht immer wieder aufgeworfen werde, die formuliert werden müsse und damit wohl, so lese ich ihn, in ein Parteiprogramm gehört. Schließlich müsse die Systemfrage realpolitisch beantwortet werden können. Wie wäre es, wenn er als gelernter Ökonom und Marxist mit dem Formulieren endlich mal anfinge? Wozu?, denn ganz offensichtlich ist das nicht nötig bei soviel Kompetenz, die er den Linken zuschreibt. Die machen das schon. Vielleicht dass man erst "vernünftig" die Finanzströme regulieren könne (oder gar müsse?), um danach die Systemfrage zu stellen? Die seiner Meinung ja im Parteiprogramm der Linken noch gar nicht aufgeworfen, geschweige gelöst sei. Oder wird Altvater zufolge mit einer vernünftigen Regulierung der Finanzströme die Systemfrage schon hinreichend gestellt und beantwortet? Wozu die Systemfrage dann aber noch einmal explizit stellen und formulieren? Wie ist es nur möglich, sich in ein paar Absätzen so missverständlich auszudrücken? Wahrscheinlich begreift Altvater aber nicht, dass es sich im Hinblick auf die Systemanalyse um Kernfragen handeln könnte, die in Finanzanalysen nicht aufgehen, die also, wenn sie nicht gelöst sind, jede Regulierung und jedes Sozialstaatsmodell zum Scheitern verurteilen könnten und m.E. auch verurteilen (was nicht heißt, dass Finanzfragen unwichtig sind. Sie zu beantworten hat nur wenig Sinn, wenn man sich zuvor nicht an die Systemfrage hinreichend herantraut).

Man kann ja anderer Meinung sein als ich, was die Relevanz der Systemfrage betrifft, verwundern tut indes, dass Altvater Fragen wie "*kann man der Systemfrage finanzanalytisch beikommen?*" gar nicht in den Sinn kommen. Argumentationsphilosophisch formuliert: ihm fällt nicht auf, dass der Gang seiner Argumentation in sich nicht stim-

mig (systematisch missverständlich) ist. Man kann sich über die Art des Daches eines Hauses (Finanzfragen) prächtig streiten; nicht streiten lässt sich freilich darüber, dass erst Fundament und Mauern stehen müssen, bevor man sich an das Dach heranmacht (Kernfragen des Gesamtsystems beantworten). Mein Gott Walter, als könne man sich an Kernfragen heranzumachen, nachdem man "anständige" Politik gemacht habe.

Altwater weiß wahrscheinlich nicht, wovon er spricht, wenn er das Wort "System" in den Mund nimmt. Übrigens in Übereinstimmung mit seinen neoliberalen Gegnern, z.B. den Wirtschaftsprofessoren Sinn oder Miegel, denen man zumindest zugestehen kann, dass sie nicht ganz so dumm daherreden, wenn sie das Wort "System" in den Mund nehmen. Die stellen die Systemfrage formal richtig, wenn auch nur im affirmativen Sinne, denn sie meinen, dass wir im besten aller möglichen Systeme leben. Unaufhörlich sagen sie, dass "Die Linke" von Wagenknecht bis Steinmeier unser "bewährtes" System (da haben sie sich einschlägig schlaue gemacht) bedrohen würde. Und "Die Linke" hat nichts anderes zu tun, als ihnen ausgerechnet diesen Unsinn aufs Wort zu glauben.

Herzliche Grüße

Franz Witsch, Mitglied WASH (Wahlalternative Soziales Hamburg e.V.)

### Quellen:

**ALE-EBS:** Elmar Altwater, Ein befreiender Streit (Die Linkspartei braucht endlich eine Grundsatzdebatte), "Der Freitag" vom 21.01.10

Link: <http://www.freitag.de/positionen/1003-ein-befreiender-streit-almar-altwater-linkspartei>

**CHG-SCC:** Gordon G. Chang, Spekulationswahnsinn: In China bahnt sich ein gewaltiger Crash an, Welt-Online vom 22.01.10

Link: <http://www.welt.de/finanzen/article5945800/In-China-bahnt-sich-ein-gewaltiger-Crash-an.html>

**DAD-DMS:** Donald Davidson, Der Mythos des Subjektiven. Philosophische Essays, Stuttgart 1993

**Der Spiegel** (05/2010), Die Abrechnung. Finanzkrise: Jagd auf Kapitalverbrecher.

Link: <http://www.spiegel.de/spiegel/print/index-2010-5.html>

**DEW-FKA:** Wolfgang Detel, Foucault und die klassische Antike. Macht, Moral, Wissen, Frankfurt/Main 2006, erste Auflage 1998

**HAI-TK2:** Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns, Bd.2: Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Frankfurt/Main 1995, 1. Auflage 1981

**HIR-DFK:** Rudolf Hilferding, Das Finanzkapital, erstmals erschienen 1910

Link: [http://de.wikipedia.org/wiki/Das\\_Finanzkapital](http://de.wikipedia.org/wiki/Das_Finanzkapital)

**KRJ-WF1:** Hans Jürgen Krysmanski, Gespräch mit Hans Jürgen Krysmanski über globale und nationale Macht- und Funktionsebenen, 1. Teil: Wer die Fäden zieht, Telepolis vom 29.12.2009

Link: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/31/31762/1.html>

**KRJ-WF2:** Hans Jürgen Krysmanski, Gespräch mit Hans Jürgen Krysmanski, 2. Teil: Über die Identität der Gläubiger des Schuldners Staat wird nie gesprochen, Telepolis vom 29.12.2009

Link: <http://www.heise.de/tp/r4/artikel/31/31763/1.html>

**MAK-W23:** Karl Marx, Das Kapital. Der Produktionsprozess des Kapitals, Dietzverlag Berlin 1973, erstmals erschienen 1864

**OBB-EGS:** Barack Obama, Präsident Barack Obama gibt einen tiefgründigen Einblick ins Geldsystem, in WEB-News vom 07.04.2009

Link: <http://www.webnews.de/kommentare/371589/0/Praesident-Barack-Obama-gibt-einen-tiefgruendigen-Einblick-ins-Geldsystem.html>

**WIF-DPB:** Franz Witsch, Die Politisierung des Bürgers. Erster Teil: zum Begriff der Teilhabe, Norderstedt 2009

Link: [http://www.amazon.de/gp/reader/383704369X/ref=sib\\_dp\\_pt#reader-link](http://www.amazon.de/gp/reader/383704369X/ref=sib_dp_pt#reader-link)